

# Investitionen in die Integration der Flüchtlinge lohnen sich

Von Stefan Bach, Herbert Brücker, Peter Haan, Agnese Romiti, Kristina van Deuverden und Enzo Weber

Die Zuwanderung von Flüchtlingen verursacht zunächst erhebliche fiskalische Kosten. Mit zunehmender Integration in den Arbeitsmarkt verringern sich die laufenden Kosten und es entstehen zusätzliche Einnahmen für die öffentlichen Haushalte. Vor diesem Hintergrund haben IAB und DIW Berlin gemeinsam in einem vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales finanzierten Forschungsprojekt untersucht, wie sich Investitionen in die Arbeitsmarktintegration der 2015 zugewanderten Flüchtlinge gesamtwirtschaftlich und fiskalisch auswirken können. Es zeigt sich, dass Investitionen in Sprachkompetenz und Bildungsabschlüsse der Flüchtlinge langfristig hohe Renditen erwarten lassen.

Im Jahr 2015 wurden rund 890 000 neu zugezogene Flüchtlinge in Deutschland gezählt.<sup>1</sup> Wir untersuchen hier, wie sich zusätzliche Investitionen in die Integration dieser Menschen auf die fiskalische Bilanz der öffentlichen Haushalte auswirken. Simulationsrechnungen zu gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Effekten der Zuwanderung und Integration von Flüchtlingen sind mit großen Unsicherheiten behaftet und können nur auf Basis einer Vielzahl von Annahmen durchgeführt werden (Kasten 1). Das erklärt, warum vorliegende Studien zum Teil zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen im Hinblick auf die fiskalischen Effekte der Fluchtmigration kommen.

Unsere Analysen basieren auf einem gesamtwirtschaftlichen Simulationsmodell, das vom DIW Berlin und dem IAB entwickelt wurde.<sup>2</sup> In diesem Modell simulieren wir die Integration der im Jahr 2015 zugewanderten Flüchtlingskohorte in den deutschen Arbeitsmarkt sowie die daraus resultierenden gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Wirkungen bis zum Jahr 2030. Die Simulationen beruhen auf Annahmen zur Anzahl der Schutzsuchenden, zum möglichen Familiennachzug, zur Schutzquote und zur Dauer der Asylverfahren sowie auf verfügbaren Informationen zu ihren sozio-demografischen Merkmalen, insbesondere zu Alter, Geschlecht, Qualifikation, Sprachkompetenz oder Familienhintergrund.

Um die zentralen Annahmen empirisch zu fundieren, nutzen wir insbesondere Daten aus der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe. Diese enthält Informationen zu Personen, die seit 1995 als Schutzsuchende nach Deutschland zugezogen sind, und zu den in ihren Haushalten lebenden Personen. Die Flüchtlinge, die in diesem Zeitraum nach Deutschland zugewandert sind, entsprechen

<sup>1</sup> Herbert Brücker (2016): Typisierung von Flüchtlingsgruppen nach Alter und Bildungsstand. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Aktuelle Berichte Nr. 6.

<sup>2</sup> Stefan Bach, Herbert Brücker, Kristina van Deuverden, Björn Fischer, Peter Haan, Agnese Romiti, Enzo Weber (2017): Abschätzung von Effekten der Integration von Flüchtlingen. Kurzexpertise für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Berlin: Politikberatung kompakt 114, 2017.

Kasten 1

**Wer ist ein „Flüchtling“?**

Der Begriff „Flüchtling“ wird hier nicht im juristischen Sinne, sondern als Sammelbegriff für alle Personen verwendet, die als Schutzsuchende nach Deutschland gekommen sind – unabhängig von ihrem rechtlichen Status. Deshalb werden neben Personen, die als Asylberechtigte und Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt wurden oder einen anderen Schutzstatus erhalten haben, auch solche Personen als Flüchtlinge bezeichnet, die noch nicht als Asylbewerber registriert wurden, sich in den Asylverfahren befinden oder deren Asylanträge abgelehnt wurden.

im Hinblick auf ihre demografischen Merkmale und ihre Qualifikationsstruktur weitgehend den Charakteristika der in jüngster Zeit zugewanderten Flüchtlinge. So hatten rund 70 Prozent der damals zugezogenen Schutzsuchenden im erwerbsfähigen Alter – ähnlich wie die Geflüchteten heute – beim Zuzug keine abgeschlossene Berufsausbildung.<sup>3</sup>

Im Folgenden wird zunächst die Entwicklung der im Jahr 2015 eingewanderten Flüchtlingskohorte beschrieben und deren Arbeitsmarktintegration sowie die Entwicklung ih-

3 Brücker (2016), a. a. O.

rer Produktivität bis zum Jahr 2030 abgeleitet. Die Informationen dienen als Basis für das Simulationsmodell.

Um die Auswirkungen von verstärkten Integrationsmaßnahmen für Zuwanderer in den deutschen Arbeitsmarkt abzuschätzen, vergleichen wir die fiskalischen Effekte in zwei Szenarien. In einem Basisszenario simulieren wir zunächst die Kosten und fiskalischen Effekte unter der Annahme, dass die Integration von Menschen, die als Schutzsuchende nach Deutschland eingereist sind, wie in der Vergangenheit, also vor dem Jahr 2015, erfolgen wird. Insgesamt wurde bis dahin nur wenig in die Integration von geflüchteten Menschen investiert.<sup>4</sup> Dieses Basisszenario wird dann mit den fiskalischen Wirkungen eines Politik Szenarios verglichen, in dem gezielt in die Sprachkompetenz und die berufliche Bildung von Geflüchteten investiert wird. In diesem Szenario sind zum einen die 2015 und 2016 beschlossenen Integrationsmaßnahmen für Asylbewerber enthalten, zum anderen wird eine weitere Ausweitung der Integrationsmaßnahmen unterstellt.

**Entwicklung der Flüchtlingsbevölkerung und des Arbeitsangebots**

Im Jahr 2015 wurden in Deutschland 890 000 neu zugezogene Flüchtlinge nach dem sogenannten Kerndatensystem erfasst. Für die weitere Entwicklung der Flüchtlingsbevölkerung nehmen wir an, dass

- von den Entscheidungen über die Asylanträge der 2015 eingereisten Schutzsuchenden erst 16 Prozent im Einreisejahr getroffen wurden;
- sich von den Verfahren weitere zehn Prozent erledigen, weil etwa einige Antragsteller vorab ausreisen (18 Prozent im Jahr 2015);
- die Schutzquote<sup>5</sup> von 50 Prozent im Jahr 2015 auf 65 Prozent im Jahr 2016 steigt, da sich die Struktur der Herkunftsländer verändert hat;
- bezogen auf die Bevölkerung mit anerkanntem Schutzstatus ab dem Jahr 2017 zunächst 2,8 Prozent als Familienangehörige und damit ein doppelt so hoher Anteil wie bei anderen Drittstaatsangehörigen pro Jahr nachziehen. Diese Quote sinkt schrittweise bis zum Jahr 2030 auf null;
- sich die Nachziehenden je zur Hälfte aus Kindern bzw. Jugendlichen und Frauen im erwerbsfähigen Alter zusammensetzen;

4 Damals waren die im Jahr 2015 beschlossenen Integrationsmaßnahmen für Asylbewerber noch nicht in Kraft. Die Teilnahme an Integrationskursen nach dem 2005 beschlossenen Zuwanderungsgesetz war in der Regel nur für Flüchtlinge mit anerkanntem Schutzstatus möglich.

5 Hier ist als Schutzquote der Anteil derjenigen Personen definiert, die als Asylberechtigte oder Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt wurden, die subsidiären Schutz oder eine andere Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen erhalten.

Tabelle 1

**Flüchtlingskohorte, die 2015 nach Deutschland zugewandert ist, sowie deren Familiennachzug und Geburten**

Jahresdurchschnittlicher Bestand

	2015	2016	2017	2020	2025	2030
Flüchtlinge mit Schutzstatus	20072	244 843	522 549	465 047	357 742	274 412
Familiennachzug	-	-	6 856	40 235	59 605	52 312
Geburten	-	2 066	11 381	39 783	80 302	110 722
Personen insgesamt	20072	246 909	540 786	545 065	497 649	437 446
davon:						
unter 16 Jahre	4 897	59 071	130 901	148 110	157 357	157 620
16 bis 64 Jahre						
Männer	11 601	141 891	303 086	268 257	197 881	134 438
Frauen	3 372	42 827	98 725	117 692	128 604	129 840
über 65 Jahre	201	3 120	8 074	11 007	13 807	15 549

Quelle: Eigene Berechnungen.

- die demografische Struktur derjenigen der anerkannten Asylbewerber im Jahr 2015 entspricht, sodass 24 Prozent Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, 58 Prozent Männer und 17 Prozent Frauen im erwerbsfähigen Alter sowie ein Prozent Senioren über 65 Jahre sind;
- die Mortalitätsrate in der ältesten Gruppe 3,5 Prozent pro Jahr beträgt;
- die jährliche Häufigkeit von Geburten der 15- bis 49-jährigen Frauen entsprechend der Entwicklung der Altersstruktur von gut zehn Prozent auf knapp neun Prozent im Jahr 2030 sinkt, für 2016 wird aufgrund der Fluchtsituation nur die Hälfte angesetzt;
- pro Jahr fünf Prozent der zum jeweiligen Zeitpunkt in Deutschland lebenden anerkannten und geduldeten Asylbewerber aus der Kohorte 2015 (einschließlich der Nachgezogenen und in Deutschland Geborenen) abwandern, was der Hälfte der Abwanderungsrate der gesamten ausländischen Bevölkerung entspricht;
- die Zahl der abgelehnten Asylbewerber durch Abwanderungen und Rückführungen in Jahresschritten auf 50, 25, 12, 5 und schließlich auf null Prozent des ursprünglichen Bestands sinkt.

Die Zeitreihen zur Zuwanderung der Flüchtlingskohorte 2015 sowie zu Geburten und Familiennachzug zeigt Tabelle 1. Bei den Werten für 2015 und 2016 ist zu beachten, dass Personen mit einem umso geringeren Gewicht in den Jahresdurchschnitt eingehen, je später im Jahr ihre Anerkennung erfolgte. Die Zahl der Flüchtlinge mit Schutzstatus steigt auf 522 000 im Jahr 2017 und sinkt aufgrund der Annahmen zu Abwanderung und Mortalität auf 274 000 im Jahr 2030. Bis zum Ende des Simulationszeitraums gibt es rund 111 000 Geburten. Insgesamt erhöht die Zuwanderung der Kohorte 2015 (inklusive Nachzug und Geburten) die Bevölkerung im Jahr 2030 um gut 437 000 Personen.

### Schrittweise Arbeitsmarktintegration

Die IAB-SOEP-Migrationsstichprobe und die mit ihr verknüpften Integrierten Erwerbsbiografien (IEB) des IAB enthalten umfassende Informationen über die Erwerbstätigkeit und die Verdienste von Flüchtlingen, die überwiegend in den Jahren 1995 bis 2013<sup>6</sup> nach Deutschland zugezogen sind (Kasten 2). Überträgt man diese Strukturen auf die betrachtete Flüchtlingskohorte 2015, hätten 69 Prozent der über 18-jährigen Flüchtlinge beim Zuzug im Jahr 2015 keinen beruflichen Bildungsabschluss gehabt, 17 Prozent einen mittleren beruflichen Bildungsabschluss (vergleichbar einer Facharbeiterqualifikation in Deutschland) und 14 Prozent einen Fachhochschul-

<sup>6</sup> Die Ankerpersonen in der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe sind seit 1995 zugezogen. Da aber auch Haushaltsmitglieder als Ankerpersonen befragt werden, ist ein Teil der befragten Flüchtlinge bereits vor 1995 zugezogen.

#### Kasten 2

### Die IAB-SOEP-Migrationsstichprobe

Die IAB-SOEP-Migrationsstichprobe ist eine Längsschnittbefragung von Migranten und ihren Haushaltsangehörigen in Deutschland, die entweder seit 1995 zugewandert oder als Migranten der zweiten Generation seit 1995 in den Arbeitsmarkt eingetreten sind. Haushaltsangehörige können daher schon vor 1995 zugewandert sein.<sup>1</sup>

Rund 15 Prozent der etwa 3 700 Zuwanderer in der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe geben an, als Asylbewerber oder Flüchtling nach Deutschland eingereist zu sein. Im Durchschnitt lebt diese Gruppe bereits seit 15 Jahren in Deutschland.

Sofern die Befragten zustimmen, können ihre Befragungsdaten mit den Integrierten Erwerbsbiografien (IEB) des IAB verknüpft werden. Die IEB enthalten exakte Informationen über die abhängige Beschäftigung und die Verdienste, sodass die Erwerbsbiografie dieser Personen in Deutschland nachvollzogen werden kann. Auf die verknüpften Daten stützen sich die hier vorgenommenen Analysen zur Integration von Geflüchteten.

<sup>1</sup> Herbert Brücker et al. (2014): Die IAB-SOEP-Migrationsstichprobe: Leben, lernen, arbeiten – wie es Migranten in Deutschland geht. IAB-Kurzbericht Nr. 21 oder DIW Wochenbericht Nr. 43; Herbert Brücker et al. (2014): The new IAB-SOEP migration sample: an introduction into the methodology and the contents. SOEP Survey Papers, Series C, 216, Berlin.

oder Hochschulabschluss. Die hier unterstellte Qualifikationsstruktur, die aus der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe für die früher zugewanderten Flüchtlinge stammt, ähnelt den vorliegenden Informationen der Bundesagentur für Arbeit (BA) für die gegenwärtige Qualifikationsstruktur der Bevölkerung aus den Asylherkunftsländern. So haben nach Angaben der Statistik der BA 71 Prozent der ausländischen Staatsbürger aus außereuropäischen Asylherkunftsländern wie Afghanistan, Irak, Iran und Syrien keine abgeschlossene Berufsausbildung.<sup>7</sup>

Nach den hier verwendeten Daten belief sich in der Vergangenheit die Beschäftigtenquote<sup>8</sup> der 18- bis 64-jäh-

<sup>7</sup> Herbert Brücker, Andreas Hauptmann, Ehsan Vallizadeh (2015): Flüchtlinge und andere Migranten im deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Aktuelle Berichte Nr. 14.

<sup>8</sup> Die Beschäftigtenquote bezieht sich hier auf die Basis der von der IEB als Beschäftigte, Arbeitslose, andere Leistungsempfänger und Arbeitsuchende

Kasten 3

**Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten in der Vergangenheit**

Tabelle 2 zeigt unter anderem die Entwicklung der Beschäftigtenquoten nach Qualifikationsgruppen.<sup>1</sup> Die Beschäftigtenquoten von Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung fallen zu Beginn des Integrationsprozesses um sechs beziehungsweise fünf Prozentpunkte höher aus als bei Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung beziehungsweise mit Hochschulabschlüssen. 15 Jahre nach dem Zuzug erreichen die Personen mit beruflichen Abschlüssen eine Beschäftigtenquote, die acht Prozentpunkte und die Hochschulabsolventen eine Beschäftigtenquote, die 14 Prozentpunkte über der von Personen

ohne berufliche Bildungsabschlüsse liegt. Insgesamt liegt die Beschäftigtenquote dann bei rund 70 Prozent. Zusätzlich wurden in den Simulationen noch Informationen aus der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe über den Anteil der Minijobber und der Selbstständigen unter den Geflüchteten genutzt. Werden Selbstständige mitberücksichtigt, ergibt sich 15 Jahre nach dem Zuzug eine Erwerbstätigenquote von knapp 75 Prozent. Das sind rund vier Prozentpunkte weniger als im Bevölkerungsdurchschnitt.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Die Entwicklung der Beschäftigtenquoten für die drei Qualifikationsgruppen wurde aufgrund niedriger Fallzahlen in den einzelnen Zeit-Qualifikationszellen mithilfe einer Regression imputiert.

<sup>2</sup> Bei der Interpretation dieses Ergebnisses ist ein Alterseffekt zu berücksichtigen: Die meisten geflüchteten Personen befinden sich 15 Jahre nach dem Zuzug in der Altersgruppe von 40 bis 55 Jahren, das heißt in den Altersgruppen, in denen auch im deutschen Bevölkerungsdurchschnitt sehr hohe Erwerbstätigenquoten von 80 bis 90 Prozent erreicht werden.

Tabelle 2

**Beschäftigten-, Selbstständigen- und Erwerbstätigenquoten der 18- bis 64-jährigen Flüchtlinge, die im Jahr 2015 nach Deutschland zugewandert sind, nach Qualifikationsgruppen**

Anteile in Prozent

	2015	2016	2017	2020	2025	2030
<b>Beschäftigtenquote<sup>1</sup></b>						
niedrig	15,9	26,7	36,8	43,6	60,2	64,8
Qualifikation mittel	9,7	20,6	32,9	50,2	66,7	72,4
hoch	10,5	21,2	35,1	48,5	73,7	78,3
insgesamt	14,4	25,0	35,7	46,3	64,0	69,6
<b>Selbstständigenquote<sup>2</sup></b>						
niedrig	-	-	-	2,4	2,4	2,4
Qualifikation mittel	-	-	-	6,9	6,9	6,9
hoch	-	-	-	9,2	9,2	9,2
insgesamt	-	-	-	4,8	4,8	4,8
<b>Erwerbstätigenquote<sup>3</sup></b>						
niedrig	15,9	26,7	36,8	46,0	62,6	67,2
Qualifikation mittel	9,7	20,6	32,9	57,1	73,5	79,3
hoch	10,5	21,2	35,1	57,7	82,9	87,5
insgesamt	14,4	25,0	35,7	51,1	68,8	74,4

<sup>1</sup> Anteil der abhängig Beschäftigten an der Bevölkerung im Alter von 18 bis 64 Jahren.

<sup>2</sup> Anteil der Selbstständigen an der Bevölkerung im Alter von 18 bis 64 Jahren.

<sup>3</sup> Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im Alter von 18 bis 64 Jahren.  
Anmerkungen: Die Beschäftigtenquote wurde der mit den Integrierten Erwerbsbiografien (IEB) verknüpften IAB-SOEP-Migrationsstichprobe entnommen. Die Anteile in den einzelnen Qualifikations- und Jahresszellen wurden imputiert. Die Selbstständigenquote wurde der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe entnommen. Die Erwerbstätigenquote wurde als Summe aus der Beschäftigungs- und Selbstständigenquote berechnet.

Quelle: IAB-SOEP-Migrationsstichprobe, IEB, eigene Berechnungen.

rigen<sup>9</sup> im Zuzugsjahr auf 14 Prozent und stieg innerhalb von 15 Jahren nach dem Zuzug auf rund 70 Prozent. Unter Berücksichtigung der Selbstständigen fällt die Erwerbstätigenquote 15 Jahre nach Zuzug rund fünf Prozentpunkte höher aus (Kasten 3).

Werden die Schätzungen auf Basis der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe auf die 2015 zugewanderten Flüchtlinge extrapoliert, dann steigt die Erwerbstätigenquote von 14 Prozent im Zuzugsjahr auf 74 Prozent im Jahr 2030 (Tabelle 2).

Während mehr als zwei Drittel der erwachsenen Flüchtlinge beim Zuzug keinen beruflichen Bildungsabschluss haben, fällt dieser Anteil durch Ausbildung bis 2030 auf 55 Prozent.

Dieser Verlauf der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten, wie er sich in der Vergangenheit vollzogen hat, wird in unserem Basisszenario zugrunde gelegt. Dies ist ein Szenario ohne größere Investitionen in die Integration der Flüchtlinge aufgrund der bis zum Jahr 2015 geltenden institutionellen Regelungen (Kasten 4).

erfassten Personen. Sie ist nicht mit der Beschäftigtenquote als Anteil an den Erwerbspersonen etwa in der Definition des Labour Force Survey zu vergleichen. Für die deutsche Vergleichsgruppe wurde die gleiche Berechnungsmethode verwendet.

<sup>9</sup> Die Beschäftigtenquote wurde hier für die 18- bis 64-Jährigen berechnet. Sie weicht von der Beschäftigtenquote, die unter anderem in Brücker et al. (2015), a. a. O. zur Basis der 15- bis 64-Jährigen berechnet wurde, ab.

Kasten 4

**Investitionen in die Integration von Geflüchteten in der Vergangenheit**

In der Vergangenheit gab es wenig Investitionen, die sich explizit auf die Integration von Geflüchteten richteten: Für Asylbewerber sind Integrationskurse erst seit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz geöffnet, das am 24. Oktober 2015 in Kraft trat. Geflüchtete, die einen Schutzstatus erhalten haben, konnten – ähnlich wie andere Zuwanderer – schon in der Vergangenheit an Integrationskursen teilnehmen. Diese Kurse wurden 2005 im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes eingeführt; der Großteil der untersuchten Geflüchteten der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe ist deutlich früher zugewandert. Der Zugang zu Bildungseinrichtungen stand Geflüchteten grundsätzlich offen, besondere Förderprogramme existierten aber in der Vergangenheit nicht. Die geringe Zahl der Geflüchteten, die Berufs- oder Hochschulabschlüsse in Deutschland erworben haben, weist darauf hin, dass die Ausgaben in der Vergangenheit eher gering waren. Insofern kann das Basisszenario als ein Szenario des Integrationsverlaufs betrachtet werden, in dem der Staat im Vergleich zu dem Alternativszenario mit Investitionen in den Sprach- und Bildungserwerb recht geringe Investitionen in die Sprachkompetenz, Bildung und andere Aspekte der Integration von Geflüchteten getätigt hat.

Kasten 5

**Berechnung der Lohnkonvergenz der Geflüchteten**

Um die Entwicklung der Verdienste der Geflüchteten im Vergleich zu den mittleren Verdiensten in Deutschland zu erhalten, wurde wie folgt vorgegangen: Für jeden Verdienst einer Person in der Stichprobe wurde das Verhältnis zum Median der Verdienste aller abhängig Beschäftigten in Deutschland im jeweiligen Jahr berechnet. Dadurch lassen sich unter anderem Verzerrungen vermeiden, die sich ergeben könnten, weil Personen zu unterschiedlichen Zeitpunkten zugewandert sind und das Lohnniveau zum Beispiel im Zuzugsjahr 1995 geringer als im Zuzugsjahr 2010 war. Den Berechnungen wurde das Verhältnis der Vollzeitverdienste zugrunde gelegt, weil die Integrierten Erwerbsbiografien keine Informationen über geleistete Arbeitsstunden enthalten. Aufgrund niedriger Fallzahlen wurden die Verdienste für die einzelnen Qualifikations- und Jahresgruppen imputiert.

Tabelle 3

**Tagesverdienste der Flüchtlinge, die im Jahr 2015 nach Deutschland zugewandert sind, nach Qualifikationsgruppen**

	2015	2016	2017	2020	2025	2030
<b>Tagesverdienste relativ zum Median aller abhängig Beschäftigten (Vollzeit) in Prozent</b>						
Qualifikation niedrig	50,9	50,9	50,9	59,1	62,3	65,9
Qualifikation mittel	62,2	62,2	62,2	69,1	72,1	76,6
Qualifikation hoch	69,1	69,1	69,1	74,9	77,8	77,4
insgesamt	54,4	54,4	54,4	63,5	67,9	71,8
<b>Tagesverdienste in Euro (Vollzeit) zu Preisen und Verhältnissen des Jahres 2013</b>						
Qualifikation niedrig	54,4	54,4	54,4	62,6	68,2	68,2
Qualifikation mittel	66,5	66,5	66,5	73,2	79,3	79,3
Qualifikation hoch	73,9	73,9	73,9	79,3	80,1	80,1
insgesamt	58,1	58,1	58,1	67,3	74,4	74,4

Anmerkungen: Die Tagesverdienste sind der mit den Integrierten Erwerbsbiografien (IEB) verknüpften IAB-SOEP-Migrationsstichprobe entnommen. Die relativen Tagesverdienste sind als das Verhältnis der Tagesverdienste von geflüchteten Personen zum Median der Tagesverdienste aller abhängig Beschäftigten definiert. Die Anteile der relativen Tagesverdienste in den einzelnen Qualifikations-Jahreszellen wurde imputiert. Alle Verdienste sind inflations- und produktivitätsbereinigt auf das Jahr 2013 normiert.

Quelle: IAB-SOEP-Migrationsstichprobe, IEB, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

**Langsame Lohnkonvergenz**

Die IAB-SOEP-Migrationsstichprobe und die mit ihr verknüpften Integrierten Erwerbsbiografien enthalten auch präzise Daten zu den Tagesverdiensten der abhängig Beschäftigten in der Stichprobe. Diese Informationen wurden genutzt, um die Entwicklung der Verdienste der Flüchtlinge mit den mittleren Verdiensten aller abhängig Beschäftigten in Deutschland zu vergleichen (Kasten 5).

Demnach erreichen die Tagesverdienste der beschäftigten Flüchtlinge im Zuzugsjahr insgesamt 54 Prozent der mittleren Verdienste (Median) aller abhängig Beschäftigten in Deutschland; 15 Jahre nach dem Zuzug steigt dieser Anteil auf 72 Prozent. Bei den Flüchtlingen mit geringen Qualifikationen belaufen sich die Tagesverdienste 15 Jahre nach dem Zuzug auf 66 Prozent der mittleren Verdienste in Deutschland (Tabelle 3). Bei den Personen mit mittleren Qualifikationen und mit Hochschulabschlüssen sind es nach 15 Jahren 77 Prozent, wobei Akademiker in den ersten zehn Jahren nach ihrem Zuzug zunächst deutlich über der mittleren Gruppe liegen.

Die Bildungsprämien der Flüchtlinge – insbesondere im Verhältnis der Hochqualifizierten zu den Personen mit mittleren Qualifikationen – sind im Vergleich zu den üblichen Erträgen von Bildung in Deutschland auffällig gering. Dies kann darauf zurückzuführen sein, dass viele Arbeitnehmer mit hohen Qualifikationen unterhalb ihres formalen Ausbildungsniveaus beschäftigt sind. Zu beachten ist auch, dass in die Berechnungen viele Per-



sonen mit ausländischen Abschlüssen eingehen, die im deutschen Arbeitsmarkt häufig nur geringe Renditen erzielen. Dies kann auf unterschiedliche Ursachen zurückgeführt werden, etwa auf eine geringere Effizienz (oder Qualität) ausländischer Bildungssysteme, unterschiedliche Gestaltung der Curricula, unvollkommene Information über den Wert der Abschlüsse, die fehlende Anerkennung von Abschlüssen<sup>10</sup>, aber auch auf Diskriminierung. In den folgenden Politikscenarien mit verstärkten Investitionen in Sprache und Bildung werden für die in Deutschland erworbenen Abschlüsse explizit höhere Erträge berücksichtigt.

Umgerechnet auf das Lohnniveau des Jahres 2013 belaufen sich die Monatsverdienste der vollzeitbeschäftigten geflüchteten Personen im Zuzugsjahr auf durchschnittlich 1764 Euro und steigen 15 Jahre nach dem Zuzug auf 2251 Euro.<sup>11</sup> Selbst die Medianverdienste der geringqualifizierten vollzeitbeschäftigten Flüchtlinge lagen bereits im Zuzugsjahr – umgerechnet auf das Jahr 2013 – bei rund zehn Euro pro Stunde und damit deutlich über dem seit 2015 geltenden Mindestlohn. Bei der Umrechnung auf das Jahr 2013 wurden Inflation und Produktivitätsentwicklung berücksichtigt.

Ein vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer, der das ganze Jahr ohne Unterbrechung beschäftigt ist, erreicht also nach diesen Berechnungen ein durchschnittliches Jahresbruttoeinkommen von 21164 Euro im Zuzugsjahr und 27063 Euro 15 Jahre nach dem Zuzug – zu Preisen und zur Arbeitsproduktivität des Jahres 2013.

### Gesamtwirtschaftliche und fiskalische Wirkungen

Im Folgenden werden die gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Wirkungen der Flüchtlingszuwanderung des Jahres 2015 analysiert. Wir finden einen leichten Anstieg von Wertschöpfung und Einkommen im Zuge der steigenden Beschäftigung der Flüchtlinge.

Die Simulation der gesamtwirtschaftlichen Effekte der Flüchtlingsmigration beruht auf einem makroökonomischen Modellansatz, bei dem mithilfe einer Produktionsfunktion aus dem zusätzlichen Arbeitsangebot der Migranten sowie dem komplementären Kapitaleinsatz die zusätzliche Wertschöpfung sowie Wirkungen auf die

<sup>10</sup> Mit dem Anerkennungsgesetz von 2013 haben sich die Bedingungen für die Anerkennung von Abschlüssen institutionell verbessert.

<sup>11</sup> Tagesverdienste können nicht in Stundenlöhne umgerechnet werden, indem sie zum Beispiel durch acht durchschnittliche Arbeitsstunden geteilt werden. Hierzu sind Informationen über die Jahresarbeitszeit in Stunden erforderlich. Hier beziehen sich die Monatsverdienste auf die Vertragsdauer der Arbeitnehmer, das heißt sie schließen Wochenenden und Urlaubszeiten mit ein. Bei der Umrechnung in Stundenlöhne wurden die jahresdurchschnittlichen Arbeitszeiten zugrunde gelegt.

funktionale Einkommensverteilung abgeleitet werden (Kasten 6).

Außerdem kann es zusätzliche „Multiplikatoreffekte“ geben, die etwa durch eine sukzessive Ausweitung der staatlichen Nachfrage oder durch zusätzliche Konsumausgaben und Investitionen entstehen.<sup>12</sup> Ob und in welchem Umfang solche Multiplikatoreffekte entstehen, ist schwer zu prognostizieren. Es werden deshalb drei Szenarien gerechnet, in denen zusätzliche Multiplikatoreffekte von null, von 25 Prozent und von 50 Prozent zugrunde gelegt werden. Das Basisszenario stützt sich auf einen moderaten Multiplikatoreffekt von 25 Prozent.

Die Wirkungen auf die Staatsausgaben werden anhand von Schätzungen zu Fallpauschalen für die relevanten staatlichen Ausgabenpositionen aus den Szenarien zur Arbeitsmarktintegration abgeleitet. Auf der Ausgaben-seite werden persönlich zurechenbare Ausgaben wie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und Leistungen der Grundsicherung, einschließlich Kosten der Unterkunft und Gesundheitsversorgung sowie anteiliger Verwaltungsausgaben berücksichtigt; ferner werden das Kindergeld und Kosten der Kinderbetreuung und Bildung einbezogen (Kasten 6). Nicht berücksichtigt werden allgemeine Staatsausgaben wie Verwaltung, Verteidigung, öffentliche Ordnung und Sicherheit, öffentliche Infrastruktur, Forschungsförderung, Umweltschutz oder Subventionen, die nicht unmittelbar mit der Flüchtlingszuwanderung steigen.<sup>13</sup> Im Vergleich zu anderen Studien, die auch die Zuwanderung in den Vor- und Folgejahren mit einbeziehen, ist zu berücksichtigen, dass sich die Zahlen hier nur auf die 2015 zugezogenen Flüchtlinge und ihre nachgezogenen Familienangehörigen beziehen.

Die Wirkungen auf die Staatseinnahmen simulieren wir auf Grundlage der zusätzlichen Einkommen, die sich aus den gesamtwirtschaftlichen Szenarien ergeben.

<sup>12</sup> Marcel Fratzscher, Simon Junker (2015): Integration von Flüchtlingen: eine langfristig lohnende Investition. DIW Wochenbericht Nr. 45.

<sup>13</sup> Soweit Ausgaben in einzelnen dieser Bereiche stärker von der Einwohnerzahl abhängen, können moderate Zusatzkosten entstehen, etwa bei Verwaltung, Sicherheit (zum Beispiel Polizei, Justiz, Feuerwehr) oder öffentlichem Personenverkehr. In Regionen mit starker Zuwanderung müsste gegebenenfalls auch die öffentliche Infrastruktur angepasst werden. Langfristige Szenariorechnungen nach den Methoden der Generationenbilanzierung treffen pauschale Annahmen, um diese Kosten zu berücksichtigen, vgl. Holger Bonin (2014): Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh; Holger Bonin (2016): Gewinne der Integration. Berufliche Qualifikation und Integrationstempo entscheiden über die langfristigen fiskalischen Kosten der Aufnahme Geflüchteter. Heinrich-Böll-Stiftung, Böll.brief #1; Bernd Raffelhüschen, Stefan Moog (2016): Zur fiskalischen Dividende der Flüchtlingskrise: Eine Generationenbilanz. ifo Schnelldienst 2016, Volume 69, Issue 04; Bundesministerium der Finanzen (2016): Vierter Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen 2016.

## Kasten 6

**Das Simulationsmodell<sup>1</sup>**

Die Wirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt und die funktionale Einkommensverteilung werden mit einer gesamtwirtschaftlichen Produktionsfunktion modelliert, die auf einschlägigen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) basiert. Als gesamtwirtschaftliche Produktionsfaktoren berücksichtigen wir das Arbeitsvolumen der Arbeitnehmer, untergliedert in niedrige, mittlere und hohe Qualifikationen, und der Selbstständigen sowie den Kapitalstock, gemessen am Bruttoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen aller Wirtschaftsbereiche. Wir verwenden eine trans-log Spezifikation der Produktionsfunktion<sup>2</sup> und greifen auf Elastizitäten der Produktionsfaktoren aus der Literatur zurück.<sup>3</sup>Für die niedrig qualifizierten Arbeitnehmer unterstellen wir eine Einkommenselastizität von  $-0,2$  bezogen auf die Veränderung der niedrig qualifizierten Beschäftigung. Das bedeutet, dass die Lohnneinkommen der niedrig qualifizierten Arbeitnehmer durch verringerte Beschäftigung oder sinkende Löhne um  $0,2$  Prozent sinkt, wenn die niedrig qualifizierte

Beschäftigung um ein Prozent steigt. Für die mittel qualifizierten Arbeitnehmer nehmen wir keine Wirkung der Zuwanderung auf Beschäftigung und Einkommen an. Für die hoch qualifizierten Arbeitnehmer unterstellen wir eine Elastizität von  $0,1$  bezogen auf die Veränderung der niedrig und mittel qualifizierten Beschäftigung. Für den Kapitalstock nehmen wir eine kleine offene Volkswirtschaft mit elastischen Kapitalströmen und eine verzögerte komplementäre Anpassung des Kapitalstocks an. Auf diesen Grundlagen simulieren wir das Bruttoinlandsprodukt sowie die Komponenten der Verteilungsrechnung der VGR, also Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen sowie Abschreibungen und Nettoproduktionsabgaben.

Neben den Gleichgewichtswirkungen werden hier auch mögliche indirekte oder „Multiplikatoreffekte“ berücksichtigt, die in jedem Jahr durch die zusätzlichen Konsumausgaben, Investitionen und Staatsausgaben entstehen.<sup>4</sup> Diese Annahmen unterliegen einer großen Unsicherheit und wurden in der wissenschaftlichen Debatte zum Teil kritisiert. Wir simulieren für das Basisszenario die gesamtwirtschaftlichen Effekte unter der Annahme eines niedrigeren zusätzlichen Multiplikatoreffekts von 25 Prozent der zusätzlichen inländischen Verwendung, in den Alternativszenarien wird ein Effekt von null und von 50 Prozent unterstellt.

Zu den Annahmen für die staatlichen Einnahmen und Ausgaben vgl. Online-Anhang<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Stefan Bach, Martin Beznoska, Viktor Steiner (2016): Wer trägt die Steuerlast in Deutschland? Verteilungswirkungen des deutschen Steuer- und Transfersystems. DIW Berlin: Politikberatung kompakt 114, 2016.

<sup>2</sup> Vgl. Thomas Bauer (1997): Lohneffekte der Zuwanderung: eine empirische Untersuchung für Deutschland. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Volume 30, Issue 03, 652–656. oder Hermann Buslei, Viktor Steiner (1999): Beschäftigungseffekte von Lohnsubventionen im Niedriglohnbereich. Bei dieser Modellierung können empirisch geschätzte Elastizitäten zwischen den Produktionsfaktoren verwendet werden. Dadurch ist sie sehr viel flexibler als eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion, vgl. Ulrich van Suntum, Daniel Schultewolter (2016): Kosten und Chancen der Migration. ifo Schnelldienst 2016, Volume 69, Issue 04, die eine Substitutionselastizität von eins zwischen den Produktionsfaktoren unterstellt.

<sup>3</sup> Die zentralen Ergebnisse sind nicht sensitiv bezüglich Veränderungen der Elastizitäten. Das gilt auch, wenn wir für die niedrig qualifizierten Arbeitnehmer eine Einkommenselastizität von  $-0,3$  annehmen.

<sup>4</sup> Marcel Fratzscher, Simon Junker (2015): Integration von Flüchtlingen: eine langfristig lohnende Investition. DIW Wochenbericht Nr. 45.

<sup>5</sup> Online abrufbar auf den Seiten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: [http://doku.iab.de/kurzber/2017/kb0217\\_Anhang.pdf](http://doku.iab.de/kurzber/2017/kb0217_Anhang.pdf)

Durch die zunehmende Beschäftigung der zugewanderten Flüchtlinge steigt das Bruttoinlandsprodukt im betrachteten Zeitraum von 2015 bis 2030 um rund neun Milliarden Euro oder  $0,3$  Prozent (Tabelle 4). Der überwiegende Teil des Einkommenszuwachses (nach Steuern und Sozialbeiträgen) entfällt auf die Flüchtlinge. Aber auch die Einkommen der Einheimischen nehmen geringfügig zu. Dieser Effekt entsteht im Wesentlichen durch zusätzliche Unternehmens- und Vermögenseinkommen sowie durch die Multiplikatoreffekte der Ausweitung der Nachfrage.

Durch die sukzessiv steigenden Einkommen entstehen höhere Einnahmen bei Steuern und Sozialbeiträgen. Die Ausgaben für die Flüchtlinge liegen vor allem in den Anfangsjahren deutlich darüber. Über den ge-

samten Zeitraum bis 2030 ergibt sich ein jahresdurchschnittliches Defizit von  $2,1$  Milliarden Euro. Das entspricht  $0,07$  Prozent des Bruttoinlandsprodukts 2015 oder  $26$  Euro je Einwohner. Zinsen sind bei der Berechnung des Defizits nicht berücksichtigt. In dem Szenario ohne Multiplikatoreffekte steigt das jahresdurchschnittliche Defizit auf  $3$  Milliarden Euro, in dem Szenario mit einem Multiplikatoreffekt von  $50$  Prozent sinkt es auf  $1,2$  Milliarden Euro.<sup>14</sup>

Trotz der zunehmenden Arbeitsmarktintegration und der Berücksichtigung von moderaten Nachfrageeffekten bleibt der jährliche Finanzierungssaldo bis zum Ende des

<sup>14</sup> Für eine detaillierte Diskussion siehe Bach et al. (2016), a. a. O.

Tabelle 4

### Wirkung der Flüchtlingsmigration des Jahres 2015 auf das gesamtwirtschaftliche Volkseinkommen und die Staatsfinanzen

Basisszenario: zusätzlicher Multiplikatoreffekt von 25 Prozent, in Millionen Euro

	2015	2016	2017	2020	2025	2030	Jahres- durchschnitt	in Prozent des Bruttoinlands- produkts 2015	nachrichtlich: je Einwohner in Euro (Jahresdurchschnitt)
Bruttoinlandsprodukt	959	3650	7315	9832	10683	9769	9019	0,30	110
<b>Volkseinkommen</b>									
insgesamt	626	2379	4761	6313	6856	6244	5794	0,19	71
nach direkten Steuern und Sozialbeiträgen									
insgesamt	366	1426	2931	3968	4328	3913	3634	0,12	44
Flüchtlinge	23	503	1560	2599	3116	2871	2440	0,08	5579
Einheimische	343	923	1372	1369	1212	1042	1194	0,04	15
<b>Staatsfinanzen</b>									
Einnahmen									
Sozialbeiträge	194	737	1397	1653	1750	1609	1519	0,05	19
Steuern	180	650	1254	1662	1803	1663	1531	0,05	19
Ausgaben	3538	7659	6437	5570	4786	4305	5160	0,17	63
Finanzierungssaldo	-3163	-6271	-3786	-2255	-1233	-1033	-2110	-0,07	-26

Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

betrachteten Zeitraums negativ (Tabelle 4). Dieser Effekt wird maßgeblich beeinflusst durch die Berücksichtigung der Ausgaben für Kindergeld, Kinderbetreuung und Bildung, die im Laufe der Jahre aufgrund der zu erwartenden Geburten der Zuwanderer steigen. Wir berücksichtigen bei den Simulationen – im Gegensatz zu anderen aktuellen Berechnungen wie die von Fratzscher und Junker (2015) – auch die künftigen Geburten der Flüchtlinge im Inland, die wir der 2015er Kohorte hinzurechnen. Die fiskalischen Erträge dieser Ausgaben fallen jedoch erst nach 2030 an. Würde man die Ausgaben für die neugeborenen Kinder wie in früheren Studien vernachlässigen, verschieben sich die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen leicht und die fiskalischen Effekte deutlich: Die Zuwächse beim Bruttoinlandsprodukt, bei den aggregierten Einkommen sowie den Staatseinnahmen fallen in dem Basisszenario mit einem Multiplikatoreffekt von 25 Prozent nur unwesentlich niedriger aus als im Szenario mit Geburten. Die Staatsausgaben nehmen aber deutlich ab, sodass das jahresdurchschnittliche Defizit auf 1,3 Milliarden Euro sinkt beziehungsweise auf 0,04 Prozent des Bruttoinlandsprodukts von 2015, beziehungsweise 16 Euro je Einwohner. In diesem Szenario ist der laufende Finanzierungssaldo pro Jahr nach elf Jahren positiv und steigt in den Folgejahren. Betrachtet man wie Fratzscher und Junker (2015) das zusätzliche Nettoeinkommen der Einheimischen und lastet diesen das zusätzliche Staatsdefizit vollständig an, so ergibt sich im laufenden Jahressaldo bereits ab 2021 ein positiver – und bis 2030 steigender – Effekt.

Unser Simulationszeitraum endet im Jahr 2030. In der Zeit danach wird das kumulierte Finanzierungsdefizit zunächst weiter sinken, sofern sich die Beschäftigung der Flüchtlinge weiterhin auf dem bis dahin unterstellten Niveau bewegt oder noch erhöht. Längerfristig gehen aber auch die Flüchtlinge, die 2015 zugezogen sind, in Rente und könnten dann die fiskalische Bilanz wieder verschlechtern. Ferner können, wie oben schon diskutiert, längerfristig durch die Zuwanderung weitere Kosten anfallen, vor allem bei der Anpassung der öffentlichen Infrastruktur oder des öffentlich geförderten Wohnungsbaus, die hier nicht berücksichtigt sind.<sup>15</sup>

### Effekte von Bildungsabschlüssen und Sprachkenntnissen

Wir analysieren die Erträge von Investitionen in Bildung und deutsche Sprachkenntnisse auf Grundlage der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe. Geschätzt werden die Auswirkungen des Erwerbs von Bildungsabschlüssen und Sprachkompetenzen auf die Erwerbsquoten und die Löhne von 18- bis 64-jährigen Flüchtlingen (Kasten 7, Online-Anhang und Tabelle 5).<sup>16</sup>

Die Schätzergebnisse (Tabelle 5) zeigen hohe Erträge bei der Arbeitsmarktintegration durch den Erwerb von deut-

<sup>15</sup> Vgl. Fußnote 14.

<sup>16</sup> Personen, die sich in Ausbildung befinden, wurden in den Schätzungen nicht berücksichtigt.



## Kasten 7

**Schätzung der Arbeitsmarkterträge von Bildungs- und Sprachinvestitionen**

Auf Grundlage der IAB-SOEP-Migrationsstrichprobe und den mit ihr verknüpften Integrierten Erwerbsbiografien können die Erträge von Investitionen in berufliche Bildungsabschlüsse und deutsche Sprachkenntnisse geschätzt werden. Für den Erwerb von Bildungsabschlüssen werden die in der IAB-SOEP-Migrationsstrichprobe enthaltenen Informationen über den Erwerb von beruflichen Abschlüssen und Hochschulabschlüssen genutzt. Sie enthält auch Informationen zur Sprachkompetenz. Als gute oder sehr gute Sprachkenntnisse gilt hier, wenn ein Individuum in allen drei Dimensionen (Lesen, Schreiben und Sprechen) angibt, über gute oder sehr gute deutsche Sprachkenntnisse zu verfügen.<sup>1</sup> Das dürfte dem Niveau B2 entsprechen, das zur Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit, die deutsche Sprachkenntnisse erfordert, qualifiziert. Geschätzt werden die Wirkungen des

Erwerbs von Bildungsabschlüssen und Sprachkenntnissen auf die Beschäftigungswahrscheinlichkeit (Regressionen 1–3) und auf die (Tages-) Verdienste (Tabelle 5).

Neben in Deutschland erworbenen Bildungsabschlüssen und deutschen Sprachkenntnissen berücksichtigen die Schätzungen in Tabelle 5 noch eine Reihe weiterer Kontrollvariablen.<sup>2</sup> Um für individuelle Heterogenität zu kontrollieren, die zu verzerrten Ergebnissen führen kann, wenn besonders produktive Individuen in deutsche Bildungsabschlüsse und Sprachkompetenz investieren, werden in den Regressionen (2) und (4) noch die Beschäftigung und die Berufserfahrungen vor dem Zuzug berücksichtigt, in den Regressionen (3) und (6) noch Indikatoren für individuelle kognitive Fähigkeiten wie die Schulnoten in Mathematik und Fremdsprachen.

<sup>1</sup> Die Kategorien für Sprachkenntnisse in der Befragung lauten: *ungenügend, mangelhaft, ausreichend, befriedigend, gut, sehr gut*.

<sup>2</sup> Alter, Geschlecht, deutsche Sprachkenntnisse und berufliche Bildungsabschlüsse vor dem Zuzug sowie Kontrollvariablen für die Regionen in Deutschland und die Herkunftsländergruppen.

schen Sprachkenntnissen und von beruflichen Abschlüssen in Deutschland: In der Basisspezifikation des Modells erhöht ein deutscher Bildungsabschluss die Wahrscheinlichkeit, beschäftigt zu sein (Regression 1), im Mittel um knapp 20 Prozentpunkte (das 90-Prozent-Konfidenzintervall reicht von zehn bis 29 Prozentpunkte). Der durchschnittliche Lohn steigt um gut 23 Prozent (Regression 4; das 90-Prozent-Konfidenzintervall reicht von acht bis 39 Prozentpunkte).

Ähnlich hohe Erträge ergeben sich durch den Erwerb von deutschen Sprachkenntnissen: In der Basisspezifikation erhöhen gute oder sehr gute Deutschkenntnisse beim Sprechen, Lesen und Schreiben – im Vergleich zur Referenzgruppe, die nicht in all diesen drei Dimensionen über gute oder sehr gute Sprachkenntnisse verfügt – die Beschäftigungswahrscheinlichkeit um knapp 19 Prozentpunkte (das 90-Prozent-Konfidenzintervall reicht von elf bis 27 Prozentpunkten). Die Löhne steigen bei Personen mit sehr guten oder guten Deutschkenntnissen im Vergleich zur Referenzgruppe im Mittel um gut 18 Prozent.<sup>17</sup>

Die übrigen Regressionen, die noch zusätzliche Variablen zur Kontrolle für individuelle Heterogenität aufnehmen, kommen zu ähnlichen Ergebnissen (Regressionen

2 und 3 beziehungsweise 5 und 6 in Tabelle 5).<sup>18</sup> Insofern können die Ergebnisse als robust betrachtet werden. Dennoch sind sie als Korrelationen und nicht als Kausalitäten zu interpretieren, auch unterliegen sie aufgrund der geringen Fallzahlen einer gewissen Unsicherheit.

Sofern die Schätzergebnisse zutreffen, ergeben sich durch Investitionen in deutsche Bildungsabschlüsse und Sprachkenntnisse erhebliche Effekte für die Beschäftigtenquoten und Verdienste der Flüchtlinge: Wenn der Anteil der geflüchteten Personen, die in Deutschland einen beruflichen Bildungsabschluss oder Hochschulabschluss bis zum Jahr 2030 erwerben, um 20 Prozentpunkte von 13 auf 33 Prozent steigen würde, würden die Beschäftigtenquoten um rund vier Prozentpunkte und die Verdienste der Beschäftigten um 4,6 Prozent zunehmen (immer bezogen auf alle Flüchtlinge). Bei einem Anstieg des Anteils der Personen mit guten oder sehr guten Deutschkenntnissen um 20 Prozentpunkte von 46 auf 66 Prozent, würden die Beschäftigtenquoten um 3,8 Prozentpunkte und die Löhne um 3,6 Prozent zunehmen.

<sup>17</sup> Diese Ergebnisse gelten bei gegebenem Bildungsabschluss, da Sprachkenntnisse und Bildungsabschluss simultan in die Regressionen eingehen.

<sup>18</sup> Andere Schätzungen des IAB für alle Erwerbspersonen in Deutschland kommen zu vergleichbaren Ergebnissen, vgl. Karl Heinz Hausner et al. (2015): Qualifikation und Arbeitsmarkt: Bessere Chancen mit mehr Bildung. IAB-Kurzbericht Nr. 11.

Tabelle 5

**Beschäftigungs- und Lohneffekte des Erwerbs von beruflichen Bildungsabschlüssen in Deutschland und von deutschen Sprachkenntnissen sowie weiterer Merkmale der vor 2014 nach Deutschland zugewanderten Flüchtlinge**  
Effekte basierend auf den Fällen aus der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe

Regression	Beschäftigung <sup>1</sup>						Stundenlohn (logarithmiert)					
	(1)		(2)		(3)		(4)		(5)		(6)	
Berufsabschluss in Deutschland	0,198***	(0,057)	0,190***	(0,064)	0,183***	(0,066)	0,234**	(0,095)	0,265**	(0,113)	0,246**	(0,110)
Deutsche Sprachkenntnisse	0,188***	(0,049)	0,126**	(0,053)	0,229***	(0,063)	0,181***	(0,069)	0,236***	(0,081)	0,144*	(0,078)
Sprachkenntnisse vor dem Zuzug	0,004	(0,079)	0,035	(0,097)	-0,041	(0,081)	0,076	(0,095)	0,070	(0,129)	0,023	(0,123)
Höhere Bildungsabschlüsse vor dem Zuzug	0,077	(0,048)	0,051	(0,053)	0,009	(0,064)	-0,035	(0,066)	-0,077	(0,081)	-0,005	(0,077)
Geschlecht (weiblich = 1)	-0,235***	(0,040)	-0,192***	(0,047)	-0,280***	(0,054)	-0,238***	(0,066)	-0,265***	(0,080)	-0,310***	(0,086)
Alter	0,044***	(0,011)	0,031**	(0,014)	0,051***	(0,015)	0,045**	(0,021)	0,057**	(0,028)	0,041	(0,028)
Alter zum Quadrat	-0,000***	(0,000)	-0,000**	(0,000)	-0,001***	(0,000)	-0,001**	(0,000)	-0,000	(0,000)	-0,000	(0,000)
Jahre seit Zuzug	0,017	(0,012)	0,014	(0,013)	0,012	(0,014)	0,002	(0,024)	-0,004	(0,030)	0,018	(0,033)
Jahre seit Zuzug zum Quadrat	-0,001*	(0,000)	-0,001	(0,000)	-0,000	(0,000)	0,000	(0,001)	-0,000	(0,001)	-0,000	(0,001)
Beschäftigung vor Zuzug			0,028	(0,065)					-0,117	(0,090)		
Berufserfahrung vor Zuzug			0,022**	(0,010)					-0,047***	(0,017)		
Berufserfahrung vor Zuzug zum Quadrat			-0,001**	(0,000)					0,002***	(0,001)		
Gute Mathematikkenntnisse					0,012	(0,060)					0,086	(0,122)
Gute Fremdsprachenkenntnisse					0,075	(0,073)					0,101	(0,113)
Zahl der Individuen	465		463		243		251		223		151	
Beobachtungen	751		463		455		376		223		256	
R <sup>2</sup>	0,26		0,25		0,30		0,32		0,42		0,32	

<sup>1</sup> Beschäftigung ist hier als ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis definiert.  
Anmerkungen: \*\*\*, \*\*, \* signifikant zum 1%-, 5%- und 10%-Niveau; Standardfehler in Klammern. Zusätzliche Regressoren: fixe Effekte für Bundesländer, für Herkunftsländergruppen, Dummy-Variable für Befragungswelle II. Die Stichprobe enthält nur Personen im Alter von 18 bis 64 Jahren, die als Asylbewerber oder Flüchtlinge eingereist sind.

Quelle: IAB-SOEP-Migrationsstichprobe, Welle I und II.

**Auswirkungen von Sprach- und Bildungsinvestitionen auf Gesamtwirtschaft und Staatsfinanzen**

Auf Basis dieser Schätzergebnisse werden auch die Folgen von verstärkten Investitionen in deutsche Sprachkenntnisse und berufliche Bildungsabschlüsse für die Gesamtwirtschaft und die öffentlichen Finanzen simuliert. Dabei legen wir die Annahme zugrunde, dass durch öffentliche Investitionen in Integrations- und Sprachkurse der Anteil der Flüchtlinge mit guten oder sehr guten Deutschkenntnissen innerhalb von zehn Jahren nach dem Zuzug um 20 Prozentpunkte erhöht werden kann. Ein solches Niveau wird von anderen Migrantengruppen auch erreicht. Ebenso wird angenommen, dass der Anteil der Personen, die in Deutschland einen beruflichen Abschluss erwerben – gegenüber dem Status-quo-Szenario, in dem nur wenig in die Integration von Flüchtlingen investiert wird –, ebenfalls um 20 Prozentpunkte erhöht werden kann. Dies könnte etwa durch zusätzliche Investitionen in Allgemein- und Berufsbildung einschließlich gezielter Förderprogramme für Geflüchtete erreicht werden. Auch bei an-

deren Migrantengruppen erwerben bis zu einem Drittel noch berufliche Abschlüsse in Deutschland. Beide Annahmen sind also nicht unrealistisch vor dem Hintergrund, dass in der Vergangenheit kaum in Sprachförderung und den Erwerb von Bildungsabschlüssen investiert wurde und die Geflüchteten sehr jung sind. Die 2015 und 2016 bereits beschlossenen Integrationsmaßnahmen decken einen Teil dieser Investitionen ab, werden aber allein nicht ausreichen, um diese Ziele zu erreichen.

Unter diesen Annahmen führen Investitionen in zusätzliche Bildungsabschlüsse dazu, dass die jahresdurchschnittlichen fiskalischen Kosten im Gesamtzeitraum bis 2030 gegenüber dem Basisszenario um rund 500 Millionen Euro sinken. Durch den Erwerb von Deutschkenntnissen verringern sich die jahresdurchschnittlichen Kosten um weitere rund 190 Millionen Euro, insgesamt um 689 Millionen Euro (Tabelle 6). Bis zum Jahr 2030 sinken somit die kumulierten Kosten um 11 Milliarden Euro. Darin enthalten sind bereits die geschätzten Investitionen von knapp drei Milliarden Euro für Bildungsabschlüsse und von gut 0,3 Milliarden Euro für den zu-

Tabelle 6

**Auswirkungen verstärkter Investitionen in deutsche Sprachkenntnisse und berufliche Bildungsabschlüsse der Flüchtlinge, die im Jahr 2015 nach Deutschland zugewandert sind, auf das Volkseinkommen und die Staatsfinanzen**

Anstieg der deutschen Sprachkurse und des Anteils von deutschen Bildungsabschlüssen im Vergleich zum Basiszenario, in Millionen Euro

	2015	2016	2017	2020	2025	2030	Jahres- durchschnitt	in Prozent des Bruttoinlands- produkts 2015	<i>nachrichtlich:</i> je Einwohner in Euro (Jahresdurchschnitt)
Bruttoinlandsprodukt	1	140	271	2 025	3 487	2 879	2 077	0,07	25
<b>Volkseinkommen</b>									
insgesamt	1	91	176	1 303	2 240	1 830	1 331	0,04	16
nach direkten Steuern und Sozialbeiträgen									
insgesamt	0	53	104	783	1 344	1 086	795	0,03	10
Flüchtlinge	0	7	15	382	874	785	508	0,02	1 161
Einheimische	0	46	89	401	470	301	287	0,01	4
<b>Staatsfinanzen</b>									
Einnahmen									
Sozialbeiträge	0	28	52	364	610	491	361	0,01	4
Steuern	0	26	51	367	637	535	382	0,01	5
Ausgaben	0	446	814	544	-242	-219	55	0,00	1
Finanzierungssaldo	0	-391	-712	187	1 489	1 245	689	0,02	8

Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

sätzlichen Erwerb von Sprachkompetenz, also insgesamt knapp 3,3 Milliarden Euro.<sup>19</sup>

## Fazit

In diesem Bericht analysieren wir die fiskalischen und gesamtwirtschaftlichen Wirkungen von verstärkten Investitionen in die Arbeitsmarktintegration der 2015 zugewanderten Flüchtlingskohorte. Dabei wird als Basiszenario der Integrationsverlauf zugrunde gelegt, der sich in der Vergangenheit ergeben hat, als nur wenig in die Integra-

tion investiert wurde. Unsere Politikszenerarien simulieren den Fall, dass durch verstärkte Investitionen in Bildung und Sprache der Anteil der Flüchtlinge mit deutschen Bildungsabschlüssen sowie guten und sehr guten Deutschkenntnissen um jeweils 20 Prozentpunkte erhöht werden kann. Mit den 2015 und 2016 beschlossenen Integrationsmaßnahmen allein dürfte man dieses Ziel noch nicht erreichen, weitere Investitionen werden dafür notwendig sein.

Wenn der Anteil der Flüchtlinge, die in Deutschland einen beruflichen Bildungsabschluss erwerben, tatsächlich um 20 Prozentpunkte steigt, würde sich die fiskalische Bilanz der Flüchtlingszuwanderung aus dem Jahr 2015 deutlich verbessern: Bis zum Jahr 2030 würde das jahresdurchschnittliche Defizit gegenüber dem Basiszenario mit vergleichsweise wenigen Investitionen um rund 500 Millionen Euro geringer ausfallen. Wenn der Anteil mit sehr guten und guten Deutschkenntnissen um ebenfalls 20 Prozentpunkte steigt, würde das jahresdurchschnittliche fiskalische Defizit um weitere 190 Millionen Euro sinken. Bis zum Jahr 2030 sinken somit die kumulierten fiskalischen Kosten um elf Milliarden Euro. Darin enthalten sind bereits die geschätzten Investitionen von knapp drei Milliarden Euro für Bildungsabschlüsse und von gut 0,3 Milliarden Euro für den zusätzlichen Erwerb von Sprachkompetenz, also insgesamt

<sup>19</sup> Bei den verstärkten Anstrengungen zu höheren Bildungsabschlüssen berücksichtigen wir spezifische Kosten für Integrationskurse, für berufsbezogene Sprachförderung und für Integration durch Qualifizierung in Höhe von 500 Millionen Euro im Jahr 2016 sowie 200 Millionen Euro im Jahr 2017. Ferner berücksichtigen wir zusätzliche Bildungsausgaben. Um die gesamten Kosten zu ermitteln, wurde angenommen, dass nur 60 Prozent von denjenigen, die in berufliche oder schulische Bildung investieren, erfolgreich einen Abschluss erwerben. Entsprechend wird angenommen, dass über den Zeitraum von 2016 bis 2020 für ein Drittel der Zuwanderer im Alter von 18 bis 64 Jahren im Durchschnitt 5 000 Euro je Person und Jahr ausgegeben werden. Beim Szenario zum verbesserten Spracherwerb nehmen wir an, dass nur 60 Prozent der Teilnehmer an Sprach- oder Integrationskursen ein Niveau B2 erreichen, das in unseren Regressionen guten oder sehr guten Sprachkenntnissen entspricht. Entsprechend nehmen wir für die Kosten der Sprachkurse an, dass über den Zeitraum von 2016 bis 2018 ein Drittel der Zuwanderer im Alter von 18 bis 64 Jahren an einem Sprachkurs teilnimmt. Dieser kostet nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge einschließlich Einstufungstests im Durchschnitt 2 300 Euro je Person. Dies bedeutet über diesen Zeitraum kumulierte Kosten von 312 Millionen Euro.

knapp 3,3 Milliarden Euro. Es ergeben sich nach diesen empirisch gestützten Modellrechnungen also hohe Renditen für Investitionen in die Integration.

Dieses Potenzial zeigt auch eine aktuelle Studie des IAB,<sup>20</sup> die volkswirtschaftliche Wirkungen der Zuwanderung seit 1970 ökonomisch abschätzt. Zwar treten bei der Flüchtlingsmigration negative Effekte auf, für Zuwanderung generell ist das aber nicht der Fall. Gelingt es, die aktuelle Flüchtlingskohorte ähnlich wie andere Migranten zu qualifizieren und in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wären also auch hier günstigere gesamtwirtschaftliche Effekte zu erwarten.

Mit der Öffnung der Integrationskurse für Asylbewerber, die aus Herkunftsländern mit guter Bleibeperspektive stammen, wurde ein wichtiger Schritt in Richtung stärkerer Investitionen in die Sprachkompetenz von Flüchtlingen gemacht. Allerdings bleiben große Gruppen wei-

terhin bis zum Abschluss ihres Asylverfahrens ausgeschlossen, obwohl auch von ihnen ein erheblicher Teil länger in Deutschland bleiben wird. Vor dem Hintergrund der hohen Erträge und vergleichsweise geringen Kosten sollte überdacht werden, ob die Integrationskurse nicht von vornherein für alle Asylbewerber, und nicht nur für solche mit guter Bleibeperspektive, geöffnet werden.

Durch das Integrationsgesetz wird für Asylbewerber und Geduldete, die eine berufliche Ausbildung in Deutschland aufnehmen, Rechtssicherheit hergestellt für die Ausbildungszeit und zwei weitere Jahre, falls sie einer Beschäftigung nachgehen. Auch dies dürfte Bildungsinvestitionen fördern. Schließlich unternehmen Schulen und Hochschulen sowie Unternehmen und Kammern gegenwärtig erhebliche Anstrengungen, die Flüchtlinge in die regulären Bildungs- und Ausbildungsgänge zu integrieren. Angesichts der hohen Erträge von Bildungsinvestitionen sollte auch hier überlegt werden, ob der Übergang in das deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem noch stärker gefördert werden kann, etwa durch mehr Investitionen in bildungs- und ausbildungsvorbereitende Maßnahmen.

**20** Enzo Weber, Roland Weigand (2016): Identifying macroeconomic effects of refugee migration to Germany. IAB-Discussion Paper Nr. 20, im Erscheinen.

**Stefan Bach** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Staat am DIW Berlin | sbach@diw.de

**Herbert Brücker** ist Leiter des Forschungsbereichs Internationale Vergleiche und Europäische Integration am IAB | herbert.bruecker@iab.de

**Peter Haan** ist Leiter der Abteilung Staat am DIW Berlin | phaanan@diw.de

**Agnese Romiti** ist Mitarbeiterin im Forschungsbereich Internationale Vergleiche und Europäische Integration am IAB | agnese.romiti@iab.de

**Kristina van Deuverden** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | kvandeuverden@diw.de

**Enzo Weber** ist Leiter des Forschungsbereichs Prognosen und Strukturanalysen am IAB | enzo.weber@iab.de

## REFUGEE INTEGRATION: A WORTHWHILE INVESTMENT

**Abstract:** The initial fiscal costs associated with refugee integration are quite high – but as more and more refugees join the labor force, a reduction in ongoing welfare costs and an increase in government revenue will result. Against this background, the Institute for Employment Research (IAB) in Nuremberg and DIW Berlin conducted a joint investigation

(funded by the German Federal Ministry of Labor and Social Affairs) on the overall economic and fiscal impacts of investing in the labor market integration of the refugees who arrived in Germany in 2015. The study shows that investing in refugees' language skills and educational qualifications promise high returns.

JEL: F22, I21, H52

**Keywords:** Refugees, migration, labor market integration, budget impact.

This report is also available in an English version as DIW Economic Bulletin 3+4/2017:

[www.diw.de/econbull](http://www.diw.de/econbull)





DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
84. Jahrgang

#### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Dr. Kati Krähnert  
Prof. Dr. Lukas Menkhoff  
Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Sabine Fiedler  
Dr. Critje Hartmann  
Dr. WolfPeter Schill

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Dr. Franziska Bremus  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Sebastian Kollmann  
Ilka Müller  
Mathilde Richter  
Miranda Siegel  
Dr. Alexander Zerrahn

#### Lektorat

Simon Junker  
Alexandra Fedorets

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. (01806) 14 00 50 25  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304  
ISSN 1860-8787 (Online)

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.